



Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Nürnberg-Nord

22. Mai 2019



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

In der vergangenen Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung das „Dritte Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes“ beraten. Wir senden mit dem Gesetz ein wichtiges Signal: Personen, die sich einer ausländischen Terrormiliz, wie z.B. dem IS anschließen und

neben der deutschen Staatsangehörigkeit eine weitere besitzen, werden wir künftig die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen. Man kann nicht an der Errichtung eines Kalifats mitwirken und gleichzeitig Staatsbürger unseres Landes sein.

Im weiteren parlamentarischen Verfahren werden wir zudem eine Regelung schaffen, nach der Ausländer mit mehreren Ehepartnern künftig von einer Einbürgerung ausgeschlossen sind. Die Mehrehe ist unserem Kulturkreis fremd. Wer dennoch an ihr festhalten möchte, hat offenbar kein Interesse daran, sich ernsthaft in unser Land zu integrieren. Wenn Integration gelingen soll, dann auf der Basis unserer christlichen Wertvorstellungen. Das sind die Grundlagen in unserem Land.

Im Plenum haben wir uns mit der BDS (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen)-Bewegung auseinandergesetzt, die Israel mit einem Boykott seit 15 Jahren politisch, wirtschaftlich, kulturell und wissenschaftlich isolieren will. CDU/CSU, SPD, FDP und große Teile der Grünen haben eine Resolution beschlossen, die der BDS-Bewegung entschieden entgegentritt. Es handelt sich hier eben nicht um Kritik an der Regierung Israels, das ist im demokratischen Diskurs zulässig. Wenn die Grenze hin zu Antisemitismus überschritten ist, dann müssen wir handeln. Deshalb haben wir erneut ein klares Bekenntnis gegen jedwede Form des Antisemitismus abgeben und ein starkes Zeichen gesetzt. Wie schon von unserer Bundeskanzlerin in ihrer vielbeachteten Rede im Jahr 2008 in der Knesset formuliert wurde, trägt Deutschland eine historische Verantwortung, die Teil der Staatsräson Deutschlands ist. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind für uns niemals verhandelbar. Das gilt für mich als Nürnberger im Besonderen.

Meine Plenarrede können Sie sich hier anschauen:

[Rede Sebastian Brehm, MdB | BDS-Bewegung](#)

Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Brehm, MdB





70 JAHRE GRUNDGESETZ

Bundestag würdigt Grundgesetz zum 70. Geburtstag

Parlamentarier aller Fraktionen im Bundestag haben am Donnerstag das Grundgesetz gewürdigt



© picture alliance/dpa DENA

Stärker als Stacheldraht und Schießbefehl

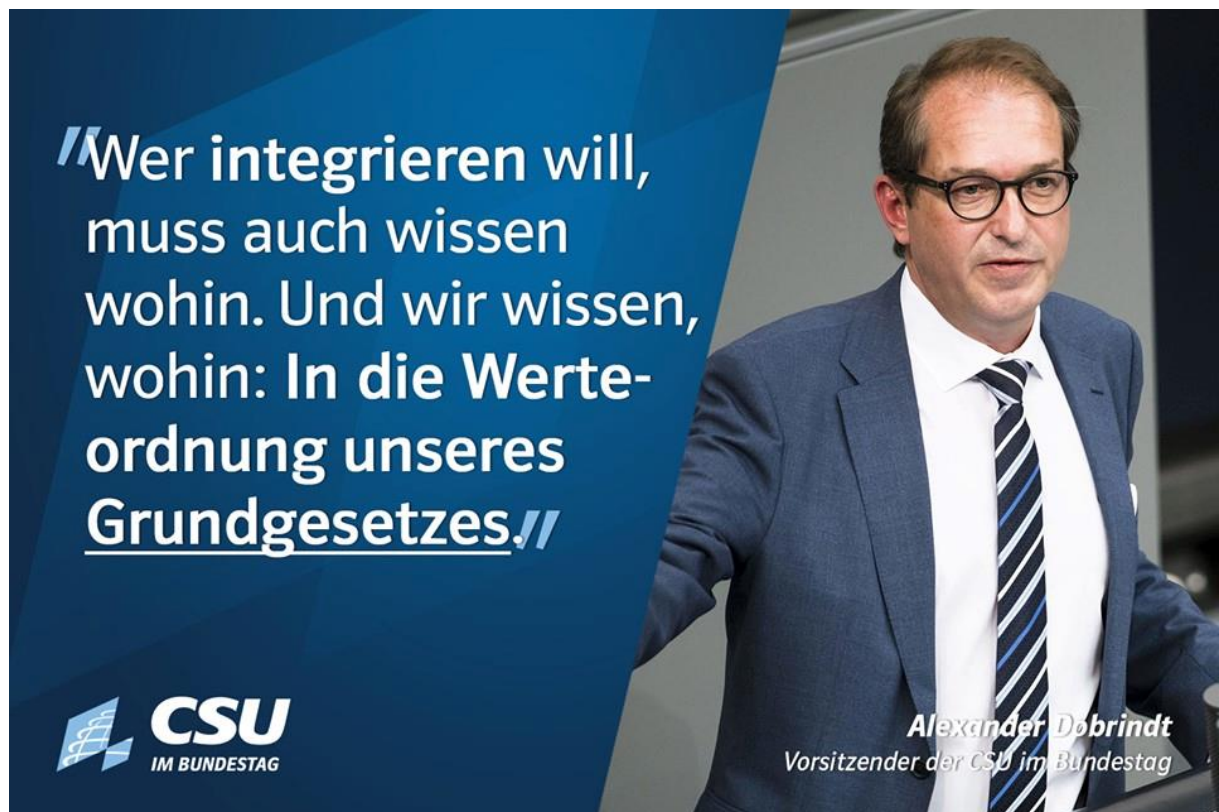
Unser Grundgesetz ist als Reaktion auf die nationalsozialistische Diktatur, als unser Land in Trümmern lag, entstanden. Deutschland war damals seiner geistigen Grundlage beraubt, moralisch gescheitert und entkernt. Es waren einige wenige Entscheidungsträger im Parlamentarischen Rat, die auf Herrenchiemsee in Bayern berieten und in dieser Stunde mit dem Grundgesetz eine neue Werteordnung geschaffen haben. Damit haben sie der Bundesrepublik einen ethisch-moralischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuanfang ermöglicht. Was damals einer kleinen Gruppe gelungen ist, wurde dann zu einer gemeinsamen, geteilten Überzeugung aller Menschen in unserem Land. Aus einem Projekt der Wenigen wurde eine Werteordnung für Millionen.

Zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes hat der Bundestag dessen herausragende Bedeutung für die Entwicklung Deutschlands mit einer Plenardebatte gewürdigt. In seiner Rede verwies Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, darauf, dass das Grundgesetz die Menschen nicht nur 1949 für sich gewonnen habe, sondern erneut auch 1989/1990 als hunderttausende Bürger





der DDR mit ihren Rufen nach Freiheit und Einheit, das SED-Unrechtsregime zu Fall brachten und den Weg für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ebneten. Dobrindt stellte fest: wenn man 70 Jahre Grundgesetz feiere, dann feiere man auch, dass Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenwürde stärker seien als Diktatur, Stacheldraht und Schießbefehl.



Gemeinsame Klammer der Gesellschaft

Dobrindt bezeichnete das Grundgesetz zudem als „gemeinsame Klammer“ der Gesellschaft - „eine Klammer für Einigkeit, für Recht und Freiheit“. Diese Klammer ist nicht nur so stark, weil sie die Bürger schützt, sondern vor allem auch, weil Bürger die Bürger auch die Verfassung schützen. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, erinnerte zudem an die „christliche Prägung“ des Grundgesetzes. Seine Werte gründeten maßgeblich auf der christlichen Soziallehre. Für Dobrindt ist dieses christliche Fundament unserer Verfassung auch Kerngedanke der deutschen Leitkultur. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag unterstrich die Verankerung der deutschen Leitkultur im Grundgesetz und forderte von Migranten eine Anerkennung der Werte des Grundgesetzes. Dobrindt wandte sich in seiner Rede aber auch an die Feinde des Grundgesetzes. „Wer die Religionsfreiheit abschaffen will und wer den Nationalsozialismus relativiert, der kann sich hier nicht hinstellen und sagen, er sei ein Freund des Grundgesetzes. Er ist das Gegenteil. Wer immer wieder Wege zum Kommunismus sucht und wer das Unrecht der DDR verharmlost, der kann sich hier nicht hinstellen und sagen, er sei ein Freund des Grundgesetzes. Er ist das Gegenteil“, so Dobrindt.





AUSREISEPFLICHT

Seehofer: „Passbeschaffungspflicht für Asylbewerber wird strenger“

Die Bundesregierung hat diese Woche im Bundestag den Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vorgelegt. Darin wird die Erwerbsmigration aus Drittstaaten vor dem Hintergrund des bereits bestehenden Fachkräftemangels neu geregelt. Bundesinnenminister Horst Seehofer wies darauf hin, dass das Gesetz klare Regelungen enthält, wer nach Deutschland kommen darf.



© picture alliance/Robert Schlesinger

Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer (CSU), hat am Donnerstag im Bundestag den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, auch als das Geordnete-Rückkehr-Gesetz bekannt, vorgelegt. Zentrales Ziel sei die Durchsetzung rechtsstaatlicher und fairer Regeln, so Seehofer.

„Wir gewähren jedem Menschen, der Schutz braucht, bei uns im Lande Schutz. Aber das heißt auf der anderen Seite: Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen“, betonte der Bundesinnenminister. Das Gesetz werde eine Reihe von Schwachstellen im geltenden Recht beheben.

Horst Seehofer benannte die entscheidenden Änderungen: „Erstens, die persönliche Passbeschaffungspflicht für Asylbewerber wird strenger.“



Es werde deutlich zwischen Personen unterschieden, die ihre Pflichten verletzen, also selbst zu verantworten haben, dass die Pässe nicht da sind, und solchen, die aus gutem Grunde nicht ausreisen können, weil zum Beispiel im Herkunftsland Gefahr für ihr Leben oder ihre Gesundheit drohe, so der Bundesinnenminister.

Durchsetzung der Ausreisepflicht im Fokus

Ausreisepflichtige müssten selbst alles Zumutbare tun, um einen Pass zu beschaffen. Wer sich nicht kooperativ zeige und damit für das Ausreisehindernis selbst verantwortlich sei, werde spürbar sanktioniert. Er bekomme künftig nur noch eine „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“. Das sei – für Nichtjuristen übersetzt – eine „Duldung minus“. Damit verbunden seien Einschränkungen: Erwerbstätigkeitsverbot, Wohnsitzauflage, Verhinderung der Aufenthaltsverfestigung und auch die Möglichkeit zur Verhängung von Bußgeldern, erläuterte Seehofer.

„Zweitens, wir verbessern die Voraussetzungen erheblich, damit die Ausreisepflicht auch durchgesetzt werden kann“, so der Bundesinnenminister. Unverzichtbare Instrumente seien hier die Abschiebungshaft und der Ausreisegewahrsam.

Die Rückführung von Gefährdern, also von Personen, von denen besonders schwere Anschläge zu befürchten sind, und Intensivstraftätern habe drittens seit Langem oberste Priorität. Dafür würden die Ausweisungsregeln geschärft. Wenn ein Intensivstraftäter unter keinen Umständen abgeschoben werden könne, dann werde diese Person künftig ähnlich intensiv überwacht wie heute schon die etwa 750 Gefährder in der Bundesrepublik Deutschland, sagte Seehofer.

Abschiebungshaftplätze auch in Justizvollzugsanstalten

„Viertens: Nach wie vor gibt es zu wenige Abschiebungshaftplätze“, machte der Bundesinnenminister deutlich. Es seien weniger als 500 für ganz Deutschland – und damit etwa ein Viertel der Kapazitäten, die in Frankreich zur Verfügung stünden. „Wir müssen und wollen diesen Mangel beheben, indem das Trennungsgebot von Strafgefangenen und abzuschiebenden Personen ausgesetzt wird“, so Seehofer. Das erlaube das europäische Recht ausdrücklich. Innerhalb einer Justizvollzugsanstalt könnten Strafgefangene und Abzuschiebende aber getrennt werden.

Bundesinnenminister Seehofer wies auch noch darauf hin, dass man gemeinsam mit den Ländern in Berlin ein Zentrum zur Unterstützung der Rückführung eingerichtet habe. Dieses Zentrum unterstütze bei der Passersatzbeschaffung und bei einer besseren Kooperation mit den Herkunftsländern.

Zudem wurde am Donnerstag im Bundestag über die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes beraten. Dabei wird ein neuer Entbürgerungstatbestand geschaffen, der für IS-Kämpfer gilt, also für Menschen, die foltern und morden im Namen einer anderen Miliz, eines anderen angeblichen Staates. Sie können die deutsche Staatsbürgerschaft abgesprochen bekommen.



ISRAELHASS

Initiative gegen Israel-Boykotteure

Als gemeinsames Zeichen gegen Antisemitismus haben Union, SPD, FDP und Grüne einen Antrag gegen die BDS-Kampagne formuliert, die zum Boykott Israels aufruft.



© picture alliance/Winfried Rothermel

BDS-Kampagne ist antisemitisch

Mit einem gemeinsamen Antrag positionieren sich neben der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch drei weitere Fraktionen gegen Antisemitismus und die antiisraelische BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen). Die 2005 nach einem Aufruf palästinensischer Organisationen gegründete Kampagne macht seit Jahren mit antiisraelischen Aktionen auf sich aufmerksam. Die antisemitische BDS-Kampagne will Israel isolieren. Sie ruft zum Boykott israelischer Künstler und Wissenschaftler auf, und auch zum Verzicht auf israelische Produkte. Der gemeinsame Antrag von Union, SPD, FDP und Grünen stuft Argumentationsmuster und Methoden der BDS als offen antisemitisch ein. „Die Aufrufe der Kampagne zum Boykott israelischer Künstlerinnen und Künstler sowie Aufkleber auf israelischen Handelsgütern, die vom Kauf abhalten sollen, erinnern zudem an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte“, heißt es in dem gemeinsamen Antrag. Der Bundestag solle deshalb die Bundesregierung auffordern, Veranstaltungen der BDS-Kampagne nicht zu unterstützen - und auch keine von Gruppierungen, die die Ziele von BDS aktiv verfolgen. Außerdem sollen keinerlei Projekte finanziell gefördert werden, die zum Boykott Israels aufrufen oder die BDS-Kampagne aktiv unterstützen. Für die CSU ist klar: Wir tolerieren keinen Antisemitismus in unserem Land. Wir stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürger und des Staates Israel. Als Maßnahme gegen die Kampagne schlägt der Antrag sechs Punkte vor. Unter anderem sollen „Räumlichkeiten, die unter Bundestagsverwaltung stehen“ Organisationen, die sich antisemitisch äußern, nicht zur Verfügung gestellt werden.



WIRTSCHAFTSJUNIOREN

Know-How-Transfer: Steuerberater Nico Fuchs begleitet Sebastian Brehm eine Woche lang im Deutschen Bundestag

Junge Wirtschaft trifft Politik – unter diesem Motto steht der jährliche Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren Deutschland mit dem Deutschen Bundestag. Während der diesjährigen Projektwoche begleitete mich der selbständige Steuerberater Nico Fuchs (36) aus Neuching (Oberbayern) eine Woche lang bei meiner parlamentarischen Arbeit. Der Know-how-Transfer fand in diesem Jahr bereits zum 25. Mal statt.



Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft im Dialog bleiben. Mich interessiert, wo der Schuh drückt und wie politische Entscheidungen in der Unternehmenspraxis ankommen.

Gleichzeitig wächst bei den jungen Wirtschaftsvertretern das Verständnis für parlamentarische Prozesse. Deshalb bin ich froh, dass die Wirtschaftsjunioren diesen Austausch organisieren.

Auch für den jungen Steuerberater Nico Fuchs hat sich der Austausch gelohnt: „Es war eine spannende Woche und eine tolle Möglichkeit, hinter die politischen Kulissen der Hauptstadt Berlin zu schauen“, fasst Nico Fuchs seine Eindrücke zusammen. „Besonders beeindruckt hat mich ein Fachgespräch mit Mittelständlern und Handwerkern, an dem ich teilnehmen konnte und auf dem über ein von Sebastian Brehm verfasstes Impulspapier zu einer Modernisierung des Unternehmensteuerrechts diskutiert wurde. Als Steuerberater weiß ich aus eigener Praxis, wie notwendig ein Handeln in diesem Bereich ist.“

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.

